

## Beschlüsse EU-Gipfel vom 21. Juli 2020

|  |                        |
|--|------------------------|
| <b>Programm „Next Generation EU“</b><br><i>Stand 21. Juli 2020</i>         | <b>750 Mrd. Euro</b>   |
| <b>Zuwendung für Investitionen</b>   | 390 Mrd. Euro          |
| Zuschüsse  |                        |
| <b>Kredite/Darlehen</b>  | 360 Mrd. Euro          |
|  |                        |
| <b>Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2021-2027</b><br><i>Stand 21.7.2020</i> | <b>1.074 Mrd. Euro</b> |
| <b>Summe</b>   | <b>1.824 Mrd. Euro</b> |

## Bereits bestehende Corona-Rettungspakete

|  |                        |
|--|------------------------|
| <b>Soforthilfen (Darlehen)</b>   | <b>540 Mrd. Euro</b>   |
| <b>ESM Euro Rettungsfonds (für Staaten)</b><br>Jeder EU-Staat (27) kann 2 % seines BIP bekommen,<br>[19 Euro-Länder]   | 240 Mrd. Euro          |
| <b>EIB-Bürgschaften für Unternehmen</b>  | 200 Mrd. Euro          |
| <b>Kurzarbeitergeld der EU-Kommission (SURE)<br/>(für Beschäftigte)</b>  | 100 Mrd. Euro          |
|  |                        |
| <b>EZB-Anleihekäufe</b>  | <b>1.350 Mrd. Euro</b> |
| <b>Europäische Zentralbank PEPP-Programm</b><br>(Pandemic Emergency Purchase Programme)<br>→ Jederzeit aufstockbar<br>→ ohne Berücksichtigung weiterer Ankaufprogramme<br>wie EAPP, PSPP SMP, usw. |                        |
| <b>Summe</b>   | <b>1.890 Mrd. Euro</b> |

## Weitere geplante indirekte/direkte EU-Pakete

|   |                        |
|---|------------------------|
| <b>Europäisches Parlament und Kommission fordern<br/>zusätzlich zum MFR Anleihen für Finanzhilfen, Kredite,<br/>Green Deal, Digitalisierung, Gesundheit, usw.</b> | 2.000 Mrd. Euro        |
| <b>Summe</b>  | <b>2.000 Mrd. Euro</b> |

Auf dem Gipfel im Juli 2020 wurden insgesamt **1.824 Mrd. Euro** für das Programm „Next Generation (750 Mrd. Euro) und den Mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) (1.074 Mrd, Euro) beschlossen.

Daneben gibt es konkrete Planungen für weitere Direktzahlungen, Kredite, Haftungen usw. zur Bewältigung der Folgen der Corona-Wirtschaftskrise und zur Erreichung der politischen Ziele der EU! Zählt man alles zusammen, **geht** es auf EU-Ebene **in Wirklichkeit um mehr als 5.700 Mrd. Euro!**

In dieser Summe nicht enthalten sind die nationalen Leistungen, Hilfen, Programme und Neu-Verschuldungen in Billionenhöhe, die die EU-Länder selber schultern. Ebenso unberücksichtigt sind die Target II-Schulden.

Was jetzt an Summen aufgerufen wird, sprengt jeden bislang vorstellbaren Rahmen!

# Überblick Target II

|   |                        |
|---|------------------------|
| <b>Target II</b><br><i>Stand Mai 2020</i><br>Forderungen der Nationalen Notenbanken gegen die EZB | 1.381 Mrd. Euro        |
| <b>Summe</b>  | <b>1.381 Mrd. Euro</b> |

| <b>Target II Salden<br/>Mai 2020</b> |                                |
|--------------------------------------|--------------------------------|
| <b>Land</b>                          | <b>Betrag in Mrd.<br/>Euro</b> |
| Deutschland (DE)                     | 916,1                          |
| Luxemburg (LU)                       | 224,6                          |
| Niederlande (NL)                     | 77,9                           |
| Finnland (FI)                        | 72,7                           |
| Irland (IE)                          | 47,6                           |
| Slowakei (SK)                        | 14,6                           |
| Zypern (CY)                          | 7,6                            |
| Slowenien (SL)                       | 7,2                            |
| Malta (MT)                           | 5,4                            |
| Litauen (LT)                         | 3,6                            |
| Estland (EE)                         | 0,8                            |
| Lettland (LV)                        | -2,2                           |
| Frankreich (FR)                      | -20,0                          |
| Österreich (AT)                      | -36,6                          |
| Griechenland (GR)                    | -55,9                          |
| Portugal (PT)                        | -72,0                          |
| Belgien (BE)                         | -79,6                          |
| Spanien (ES)                         | -451,8                         |
| Italien (IT)                         | -517,3                         |
| <b>ECB</b>                           | <b>-145,5</b>                  |
| <b>U4*)</b>                          | <b>2,9</b>                     |

**Quelle:** EZB, Target II Salden Mai 2020; <https://sdw.ecb.europa.eu/reports.do?node=1000004859>  
Darstellung TAE

\*) Zusammengefasste weitere Teilnehmer des Euro-Währungsgebiets (wechselnde Zusammensetzung): Seit dem 1. Februar 2016 sind die zusätzlichen Länder des Euro-Währungsgebiets, deren NZBen an TARGET2 teilnehmen: Bulgarien, Kroatien, Dänemark, Polen und Rumänien. Litauen nahm mit seiner NZB bis zum 31.12.2014, Lettland bis zum 31.12.2013, Estland bis zum 31.12.2010 und die Slowakei bis zum 31.12.2008 ebenfalls als Nicht-Euro-Land am TARGET2-System teil. Einzelne TARGET-Salden der NZBen des Euro-Währungsgebiets werden nicht für Termine vor dem Beitritt ihrer Länder zum Euro-Währungsgebiet bereitgestellt.

- Im Zuge der Corona-Krise droht ein Missbrauch der Situation, um politische Ziele durchzusetzen. Gleichzeitig sollen unverrückbare Tatsachen geschaffen werden.
- Trotz Ausscheiden eines Mitglieds (BREXIT) wird eine Erhöhung des Mittelfristigen Finanzrahmens (MFR) gefordert.
- **Aus Sicht der TAE sind bereits ausreichend Mittel und Möglichkeiten zur Finanzierung vorhanden weil**
  - die EU die Verletzung der Maastricht-Kriterien duldet (der Stabilitätspakt ist ausgesetzt),
  - es bereits Ankauf-Programme seitens der EZB gibt,
  - die Niedrigzinspolitik der EZB die Refinanzierung erleichtert und
  - vorhandene Gelder/Mittel noch nicht abgerufen bzw. erschöpft sind.
- **Aktuell gibt es keine Notwendigkeit, weitere Programme zu beschließen.**
- Es fehlt eine umfassende Bedarfsanalyse. Es fehlt jede Transparenz hinsichtlich der bislang eingesetzten Mittel und wie weitere Mittel verwendet werden sollen.
- Es gibt keine strategische und koordinierte Krisen-Planung
  - weder auf EU-Ebene noch national.
- Der Anteil der Zuschüsse ist zu hoch. Es sollten ausschließlich Kredite vergeben werden.
- Bei Zuschüssen muss stets eine nationale Kofinanzierung in gleicher Höhe erfolgen.
- Die EU selbst soll sich nicht verschulden dürfen.
- Die EU soll keine eigenen Steuern (weder Finanztransaktionssteuer noch Digital-, Plastik-, CO<sub>2</sub>-Grenzsteuer oder andere Steuern) erheben dürfen, also kein eigenes Steuerhebungsrecht bekommen.
- Die geplanten EU-Steuern und die Aufnahme von EU-Schulden stehen in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Corona-Wirtschaftskrise und wären zeitlich unbefristet.
- Gerade jetzt in der Krise sind Steuersenkungen (statt Steuererhöhungen), Entlastungen bei den Abgaben und Bürokratieabbau erforderlich. Zum Beispiel die Mehrwertsteuersenkung in Deutschland war ein Schritt in die richtige Richtung.
- Die Konditionierung der Corona Hilfen ist überfrachtet und gefährdet die Zielerreichung. Auch um den Erfolg einzelner Maßnahmen und Programme (unter anderem Green Deal, Digitalisierung, Soziales, Gleichstellung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit) prüfbar und messbar zu machen, sollten gesonderte Budgets aufgestellt werden.
- Es fehlt jede Prüfung, ob Schäden tatsächlich von der Corona-Pandemie verursacht wurden. Bei längst nicht allen wirtschaftlichen Problemen ist das der Fall. Bei Zahlungen, Haftungsübernahmen und Krediten muss zweifelsfrei geklärt sein, dass sie im Zusammenhang mit Corona stehen.
- Jede Kreditvergabe muss mit verbindlichen Tilgungsplänen verbunden sein. Die Tilgung muss gesetzlich verankert werden.
- Die EU muss sich Handlungsspielraum für die Zukunft erhalten. Sie darf wegen der Corona-Krise nicht das ganze Pulver verschießen.
- Es mangelt an einer zielorientierten Forschungs- und Entwicklungsstrategie.
- Es fehlt ein Konzept zur Selbstversorgung mit Schutzprodukten bzw. zur Versorgungssicherheit.
- Es fehlt eine umfassende Analyse der Folgen der beschlossenen Maßnahmen.

Brüssel/München 31.7.2020

### Rückfragen:

Taxpayers Association of Europe (TAE)

Dipl.-Kfm. Michael Jäger, Generalsekretär

Office Munich

Nymphenburger Str. 118

D-80636 Munich

+49 89 126008 20 Phone

+49 89 126008 47 Fax

E-Mail [info@taxpayers-europe.org](mailto:info@taxpayers-europe.org)

Web [www.taxpayers-europe.org](http://www.taxpayers-europe.org)

Office Brussels

Avenue de la Renaissance 1

B-1000 Brussels

+32 2 740 20 38 Phone

+32 2 740 20 32 Fax